



HESSISCHER LANDTAG

10. 02. 2021

WKA

Dringlicher Berichts Antrag

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Nina Heidt-Sommer (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Christoph Degen (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Angelika Löber (SPD)
und Fraktion**

Investitionen für das UKGM

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Hat die Landesregierung bei den zugesagten Investitionen in Höhe von knapp einer ½ Mrd. € die beihilferechtlichen Aspekte überprüft?
Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
Wenn nein, warum nicht?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Steigerung des Unternehmenswertes durch die Investitionen des Landes?
Inwiefern steigern die Investitionen des Landes den Aktienwert des börsennotierten Konzerns?
3. Wie hoch waren in den letzten zehn Jahren die Gewinnanteile an den vom UKGM erzielten Gewinnüberschüssen, die das Land Hessen erhalten hat?
Wofür wurden dies Gewinnanteile verwendet?
4. Wie und in welchen Teilen sind der Letter of Intent sowie das Zukunftspapier 2.0 rechtsverbindlich?
5. Inwiefern beabsichtigt die Landesregierung, die Absichtserklärung der Öffentlichkeit transparent zu machen?
6. Welche Kredite wurden dem UKGM von der Rhön Klinikum AG in den letzten fünf Jahren zur Verfügung gestellt?
7. Wie wurden diese Kredite bislang bedient?
8. Inwiefern werden die zu zahlenden Zinsen als Aufwand gebucht und wie mindern diese den Gewinn des UKGM?
9. Wie hoch waren die Zinszahlungen pro Jahr seit der Privatisierung?
10. Wie hoch sind die Rückstellungen der Geschäfts- und Konzernführung seit der Privatisierung?
11. Welche Hinweise geben die Jahresabschlüsse bzw. Prüfberichte bezüglich der Rückstellungen?
Wie hoch waren diese und wofür wurden sie gebildet?
12. Inwiefern unterstützen der Landkreis Marburg-Biedenkopf und die Stadt Marburg sowie der Landkreis Gießen und die Stadt Gießen die jeweiligen Uniklinik-Standorte finanziell?
Wie hoch sind die jeweiligen Beträge und wie wird die finanzielle Unterstützung konkret verwendet?
Wohin fließen bzw. sind die Mittel geflossen?
13. In welche Kooperationen, konzerninterne Partner und Tochtergesellschaften fließen welche Mittel aus dem UKGM und in welcher Höhe jeweils?

14. In welcher Höhe bekommt das Fürstenberg Institut für die Mitarbeiter- und Führungskräfteberatung und den Work-Life-Service Gelder vom UKGM und für wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?
15. Seit wann wird dieses Angebot am UKGM offeriert?
Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben seither von dem Angebot Gebrauch gemacht?
16. Wie bewertet die Landesregierung, dass für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Pauschale bezahlt wird, obwohl das Angebot offenbar nicht genutzt wird?
17. Inwiefern sollen Personal-, Finanz- und IT-Abteilung ausgegliedert werden?
Wie bewertet die Landesregierung dieses Vorhaben und welches Personal und welche Bereiche sollen dafür eingegliedert werden?
18. Wie viele Klinik-Servicekräfte sollen zukünftig ausgebildet und eingestellt werden?
Inwiefern bringen diese zusätzlichen Kräfte Entlastung für die Beschäftigten im UKGM?
Welche Aufgaben übernehmen Klinik-Servicekräfte?
19. Wie viele Personen aus welchen Bereichen werden bei Eingliederung von Klinik Servicekräften ausgegliedert?
20. Inwiefern will die Landesregierung bezogen auf die Fragen 17 + 19 verhindern, dass Schlüssel-Abteilungen/Schlüssel-Bereiche bzw. entsprechende Fachkräfte ausgegliedert werden?
21. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass alle freiwerdenden Stellen auch tatsächlich wiederbesetzt werden?
22. Welche Maßnahmen sind zur Personalentwicklung aktuell und in den kommenden Jahren vorgesehen, gerade auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und dem personellen Ersatz- und Erweiterungsbedarf (z.B. Ärzte, Pflegepersonal sowie medizinisch-technisches Personal)?
23. Inwiefern ist der Letter of Intent ein wegweisender Schritt für den Medizinstandort Mittelhessen und die gesamte Region?
24. Was versteht die Landesregierung detailliert unter „fortlaufende Verbesserung der Gesundheitsversorgung“ durch die erzielte Einigung?
25. Inwiefern sichert das deutlich stärkere Engagement des Landes die Qualität der Versorgung von Patientinnen und Patienten?
Inwiefern baut die Landesregierung das hohe Niveau von Forschung und Lehre weiter aus und stärkt dadurch die Arbeitsplätze?
26. Wie genau werden durch die getroffenen Vereinbarungen Verbesserungen und Sicherheiten für Beschäftigte erwirkt?
Welche Verbesserungen und welche Sicherheiten sind dies im Einzelnen?
27. Inwiefern stellt die Einigung eine verlässliche Perspektive am UKGM für die nächsten zehn Jahre dar, insbesondere für die Beschäftigten und für Patientinnen und Patienten?
28. Wann sind die nächsten Gespräche zur Abschlussvereinbarung geplant bzw. für wann ist der Abschluss dieser Vereinbarung geplant?
29. Inwiefern wird die Abschlussvereinbarung rechtsverbindlich geschlossen?
30. Sollte die Betreiberin Vereinbarungen nicht einhalten bzw. umsetzen, welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus bzw. werden erfolgen?
31. Ist der Landesregierung bekannt, ob andere Unternehmen Interesse am Kauf des Universitätsklinikums Gießen-Marburg bekundet haben und wie beurteilt sie dies?

32. Wie schätzt die Landesregierung den aktuellen Gesamtwert der UKGM ein?
Welche Summe könnte aus ihrer Sicht ein angemessener Kaufpreis sein?

Wiesbaden, 10. Februar 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Ulrike Alex
Christoph Degen
Nina Heidt-Sommer
Angelika Löber
Gernot Grumbach
Dr. Daniela Sommer